PKK

Neuer Weg

Bonn fährt gegenüber der Kurdenpartei PKK einen seltsamen Schlingerkurs. Die Länder fordern Klarheit, ob das PKK-Verbot noch gilt.

Als die „Initiative Appell von Hannover“ für September zu einem „Friedensfestival Kurdistan“ nach Köln einlud, reagierte die Polizei zunächst ablehnend. Die Ordnungshüter rieten der Stadt ab, das Müngersdorfer Stadion an die Veranstalter zu vermieten. Das Treffen, so die Begründung, sei von der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gesteuert. So sah es auch das Landeskriminalamt in Düsseldorf.

Doch dann erschien beim Kölner Polizeipräsidenten Jürgen Roters ein hoher Beamter des dem Bonner Innenministerium unterstellten Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und bat, kein Verbot auszusprechen. „In keiner Form“, versprach der Geheime, werde auf dem Festival für die PKK geworben, „verbotene Symbole“ würden nicht gezeigt.

Das Fest fand statt – und wurde neben allgemeinen Friedensbekundungen zur großen Show der PKK. Junge kurdische Freischärler traten auf, viele der 60 000 Teilnehmer schwenkten Fahnen der Arbeiterpartei und skandierten immer wieder PKK-Parolen. Höhepunkt der Veranstaltung: Über Satellitentelefon hielt Parteichef Abdullah Öcalan aus der Ferne eine Ansprache an seine Anhänger.

Seither haben die Innenminister Klärungsbedarf. Ausgerechnet der Bundesinnenminister, der Hardliner Manfred Kanther, ist bei seinen Länderkollegen in Verdacht geraten, ein Weichling zu sein.

Beim Innenministertreffen in der kommenden Woche wollen die in Hessen und Niedersachsen regierenden Sozialdemokraten von Kanther wissen, wie es die Bundesregierung nun eigentlich mit der PKK hält. „Kanther muß erklären“, so der Wiesbadener Innenminister Gerhard Bökel, „ob das Verbot noch gilt oder nicht.“ Aber auch der Christsoziale Günther Beckstein hat Gesprächsbedarf angemeldet: Die PKK glaube, „Öcalan habe den deutschen Staat ... in die Knie gezwungen“.

Seit Monaten fährt Bonn gegen die Arbeiterpartei einen Schlingerkurs, der den Verantwortlichen in den Ländern unerklärlich ist und bei den Ordnungshütern bundesweit Verwirrung stiftet.

H. HAGEMEYER / TRANSPARENT

Kurdisches „Friedensfestival“ in Köln*: „Kanther muß sich erklären“

Am 26. November 1993 hatte Kanther die von Öcalan geführte PKK verboten. In immer rascherer Folge kamen in den folgenden Jahren Neugründungen auf den Index.

In fünf Bundesländern und beim Bundeskriminalamt (BKA) wurden Sonderkommissionen eingerichtet, der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde eingeschaltet. Es hagelte Verfahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung oder wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.

* Junge Kurdinnen tragen Bilder von gefallenen PKK-Kämpfern.

Silvan, Barzan, Siyar

Morddrohung gegen Klaus Kinkel: Alles heiße Luft

Das Blitz-Fernschreiben des Kölner Zollkriminalamts (ZKA) mit der Nummer 681 löste in Bonn Alarmstufe eins aus. Eine „Vertrauensperson“ des Zollfahndungsdienstes hatte in Bremerhaven von einem Mordkomplott der kurdischen Arbeiterpartei PKK gegen die deutsche Staatsspitze erfahren. Ziel sei „der Bundeskanzler Kohl oder der Außenminister Kinkel“.

Die Attentäter, so der V-Mann, hießen „Silvan“, „Barzan“ und „Siyar“: ein Kurde und zwei Palästinenser, die mit dem Bus über Österreich eingereist seien. Ein eigens gegründetes Komitee der PKK habe den Auftrag, das Attentat zu planen. Wortführer, heißt es in dem Spitzelbericht, sei ein Kurde, der „ähnlich aussah wie Abdullah Öcalan“ und auch Mitte Vierzig sei.

Punkt 15.35 Uhr ging die Warnung am 2. April dieses Jahres bei der Sicherungsgruppe Bonn ein, bereits anderntags meldete die Boulevardzeitung *Express* die Sensation. Tief beunruhigt war auch der Außenminister. „Gegen mich hat es Morddrohungen gegeben, die ich ernst nehme“, erklärte Kinkel. Die Sicherheitsvorkehrungen seien bereits verstärkt worden. Die österreichische Gendarmerie orderte eigens zusätzliche Beamte an Kohls Kurort Bad Hofgastein ab.

Das Bundeskriminalamt (BKA) rotierte, Ermittler des Generalbundesanwalts eilten nach Bremerhaven. Wohnungen wurden durchsucht, Telefonanschlüsse abgehört, verdächtige Kurden vernommen.

Beim Staatsschutz in Meckenheim erschien der Kronzeuge, dem die „Wichtigkeit und die enorme Brisanz der Aussage voll bewußt“ war: Ende März sei er ins PKK-Büro in der Körnerstraße in Bremerhaven gefahren. Rund hundert Leute seien im Raum gewesen. „Circa eineinhalb Meter“ von seinem Tisch entfernt, hätten vier Kurden gesessen. „Alle vier Personen führten eine Aktentasche mit.“

Einer mit dem Namen „Memo“, das sei der Öcalan-Doppelgänger, hätte ge-

Doch plötzlich drehte sich der Wind. Im August 1995 traf BfV-Abteilungsleiter Klaus Grünewald in Nahost mit Öcalan zusammen. Grünewalds Bericht elektrisierte den Staatsminister im Kanzleramt Bernd Schmidbauer. Öcalan, schwärmte der Geheimdienstkoordinator, könne eine historische Größe wie Palästinenserführer Jassir Arafat werden und als Mittler zwischen den Fronten dienen.

Keiner weiß mehr, was gilt: hingucken oder weggucken

Der damalige BfV-Präsident Hansjörg Geiger besuchte die Innenminister der Länder und warb um Zurückhaltung gegenüber der PKK.

Dann kam das kurdische Neujahrsfest am 21. März, und wie fast jedes Jahr machten PKK-Kader Randale. Sie blockierten Autobahnen, drohten Tankstellen in die Luft zu jagen.

Öcalan sei „kein Gesprächspartner für die Bundesregierung“ mehr, erklärte daraufhin forsch Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt. Doch Schmidbauer und Kanthers BfV mochten von ihrem Traum nicht lassen.

Die Krawalle am Neujahrsfest seien halt passiert, weil ein paar Heißsporne der Europazentrale aus dem Ruder gelaufen seien, übermittelte der Guerrillachef nach Bonn. Schmidbauer erkannte prompt, daß Öcalan „einen neuen Weg gehen will“.

Seither weiß keiner mehr, was eigentlich gilt: hingucken oder weggucken, Zugriff wie gewohnt oder möglicherweise Strafvereitelung im Amt. Der Kölner Einsatzleiter wurde angezeigt, weil er gegen die PKK-Sympathisanten nicht entschieden genug vorging. „Der Schwebezustand muß aufgehoben werden“, sagt Polizeichef Roters.

Die in Deutschland kadermäßig organisierte PKK, soviel steht für die Sicherheitsbehörden fest, treibt weiterhin Schutzgelder ein, schickt junge Kurden in Ausbildungslager oder an die Front in der Türkei und terrorisiert Landsleute. Seit dem Verbot erhöhte sich die Zahl der Aktivisten nach Erkenntnis des Verfassungsschutzes von rund 7500 auf 9000.

Die Verwirrung komplett machte Kanthers Staatssekretär Kurt Schelter. Schriftlich ermunterte er jüngst die Hessen, „konsequent“ gegen die PKK vorzugehen und „Gesetzesverstöße mit allen Mitteln abzuwehren“. ❏

sagt, daß der Anschlag auf Kohl oder Kinkel „in kürzester Zeit“ passieren müsse. Fünf bis sechs Wochen blieben Zeit.

Der V-Mann: „Ich kann mich noch genau daran erinnern, daß gesagt wurde, man solle Bundeskanzler Kohl oder Außenminister Kinkel erschießen.“

Die PKK, so der Zeuge weiter, habe für die palästinensischen Attentäter eine halbe Million Mark zur Verfügung gestellt.

„Finden Sie es nicht ungewöhnlich“, fragte ein argwöhnischer BKA-Beamter, „daß ein solch brisantes Thema in einem Verein“ mit hundert Leuten „öffentlich besprochen wird?“

K.-B. KARWASZ

Außenminister Kinkel

Der Zeuge fand das normal. Dieser Ort habe keinen „öffentlichen Charakter“. Die Kurden hätten sich kurdisch unterhalten. Sie hätten sich mit „Toprak“ angesprochen, was soviel wie „von der Erde stammend“ bedeute. Eine übliche Redewendung in PKK-Kreisen, um den eigenen Namen nicht zu nennen. Auch von einer Bombe sei die Rede gewesen.

Das BKA ermittelte und drehte jeden Stein um. Das Ergebnis war mager: Der Bruder des Tipgebers reagierte mit „Erstaunen, ungläubigem Kopfschütteln und letztendlicher Empörung“ (Protokoll). Fazit des BKA: Er „überzeugte durch sein Auftreten“.

Auch die Durchsuchungen förderten keinerlei „Asservate, welche für eine Vorbereitungshandlung für einen Anschlag relevant“ gewesen wären, zutage. Und die von dem Spitzel geschilderten „Verhaltensweisen höherer PKK-Führungskader decken sich weitestgehend nicht mit den Erkenntnissen des Fachreferates ST 34“ (BKA).

Beim „jetzigen Stand“, formulierte das BKA höflich, „ist nicht davon auszugehen, daß die angeblichen Attentäter und deren Auftraggeber identifiziert werden können“. „Das war wie so oft Feindbildpflege“, ärgert sich der Bremer Rechtsanwalt Eberhard Schultz, der zahlreiche Kurden als Mandanten hat.

Kinkel gab keine Entwarnung, die Akte wurde still und leise geschlossen.